

BERLINER RUNDSCHAU

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Foto: Dirk Reitze
6. Ausgabe 2010 36. Jahrgang kostenlos

Rot-Grüne Bundesregierung:
5,22 Millionen Arbeitslose
(Februar 2005)

So geht Politik am Arbeitsmarkt

CDU-geführte Bundesregierung:
2,96 Millionen Arbeitslose
(Prognose 2011)



**Forderungen und
Fakten**
zur Arbeitsmarkt-
politik

Seite 2



**CDU-Chef
Frank Henkel**
für eine kluge
und effektive
Arbeitsmarktpolitik

Seite 3



**Fraglich:
Ausbau der A 100**
Sicher:
Rot-Rot hat fertig

Seite 4

Die Forderungen

Das 5-Punkte-Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit



Begleitung und Unterstützung durch Mentoren

Jedem Teilnehmer eines solchen Programms wird ein persönlicher „Mentor“ an die Seite gestellt,

der eine tägliche Betreuung des Betreffenden sicherstellt.

Vergabe der Arbeitsvermittlung an freie Träger

In einer ersten Phase werden Langzeitarbeitslose von freien Trägern eingestellt und beschäftigt; von hier aus erfolgt eine Vermittlung an Firmen, Kirchen, Vereine, Kitas usw. Die



jeweiligen Unternehmen beteiligen sich an den Kosten.

Qualifizierung schafft Perspektiven

Für eine zielgenaue Qualifizierung müssen sich JobCenter und Mentoren eng abstimmen, damit der Betreffende besser auf spezielle Anforderungen vorbereitet wird.



Gesundheitsförderung ausbauen

JobCenter und bezirkliche Gesundheitsämter, Krankenkassen und Rentenversicherungsträger müssen vernetzt werden, um evtl. vorhandene gesundheitliche Probleme



effektiv lösen zu können.

Jede Familie muss eine Perspektive auf ein auskömmliches Einkommen haben

Mindestens ein Erwachsener pro Familie soll einen Arbeitsplatz bekommen können. Alleinerziehenden werden neben Jobangeboten auch Betreuungsplätze vermittelt.*

DIE FAKTEN

40,63 Millionen Menschen werden laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im kommenden Jahr in Deutschland erwerbstätig sein – so viele wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland.

2,24 Millionen weniger Arbeitslose als unter Rot-Grün (Stand: Februar 2005) wird es 2011 unter der CDU-geführten Bundesregierung geben.

2,2 Prozent wuchs die deutsche Wirtschaft von April bis Juni 2010 – das größte Plus seit zwei Jahrzehnten.

50 Prozent konnte die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen seit Antritt der CDU-geführten Bundesregierung 2005 reduziert werden – damit hat Deutschland die zweitniedrigste Jugendarbeitslosenquote in der gesamten EU.

620 Millionen Euro zusätzlich wendet die schwarz-gelbe Bundesregierung jedes Jahr für bedürftige Kinder auf – darin enthalten sind die Kosten für Schulausstattung, Nachhilfe, Vereinsgutscheine und das warme Mittagessen.

2,80 Euro betrug die jährliche Erhöhung der Hartz IV – Regelsätze unter SPD-Arbeitsministern im Durchschnitt.

19,7 Prozent der Berlinerinnen und Berliner waren laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung im Zeitraum von 2006 – 2008 von staatlicher Unterstützung abhängig.

JobCenter

* Das Papier „Berlin in Arbeit“ mit den oben genannten Forderungen wurde unter der Leitung von Generalsekretär Bernd Krömer (Bild oben) maßgeblich von Prof. Dr. Niels Korte (2. Bild), Ver.di-Vorstandsmitglied Elke Hannack (3. Bild) und Kai Wegner MdB (Bild unten) erarbeitet.

„Die Berliner CDU denkt voran“



Bundesarbeitsministerin Dr. Ursula von der Leyen mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Frank Henkel

reich erschienenen Delegierten und Gästen zu.

Das oberste Ziel müsse es sein, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Im Gegensatz zum rot-roten Senat, der den öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) und damit den zweiten und dritten Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen lobt Geschlossenheit und Ideen der Berliner CDU – Kleiner Landesparteitag beschließt das Papier „Berlin in Arbeit“.

„Die Berliner CDU denkt voran“ – mit viel Applaus bedankte sich der Kleine Landesparteitag für ein nicht alltägliches Lob aus berufenem Munde: Bundesministerin Ursula von der Leyen bescheinigte der Berliner CDU starke Akzente in der Berliner Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, nachdem sie in ihrem Impulsreferat im DGB-Haus an der Keithstraße auch die Neugestaltung der sogenannten „Hartz-Gesetze“ durch die CDU-geführte Bundesregierung erläuterte hatte.

Zuvor hatte der Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel eine Einführung in das Konzept der Berliner Union gegen die hohen Zahlen von Transferleistungsempfängern in der deutschen Hauptstadt gegeben. Frank Henkel: „Wir wollen Anreize für Erwerbstätigkeit schaffen, wir wollen gerade Langzeitarbeitslosen helfen, wieder in Arbeit zu kommen, wir wollen es ermöglichen, dass Rahmenbedingungen in unserer Stadt so gesetzt werden, dass wir nicht Armut alimentieren, sondern Menschen einen Zugang zu einer Beschäftigung bekommen.“ Es sei wichtig, der materiellen Armut in Berlin,

dem sozialen Auseinanderdriften Ideen und neue Impulse entgegenzusetzen. Berlin ist das Bundesland mit den höchsten Arbeitslosen- und Hartz-IV-Zahlen und Bezieher von Milliardensummen aus dem Finanzausgleich der Bundesländer. Aktuell beträgt die Arbeitslosenquote in Berlin 13,7%. Noch dramatischer sind die Zahlen für die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II, dem so genannten „Hartz IV“: Mit 18,1% führt Berlin die deutschen Länder unangefochten und mit weitem Abstand an. „Das ist die Realität in dieser rot-rot regierten Stadt, und dagegen wollen wir uns heute mit unseren Ideen stellen, mit einer klugen und effektiven Arbeitsmarktpolitik, die für uns immer noch die beste Sozialpolitik ist!“, rief Henkel den zahl-

stellt, will die CDU nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum initiieren. Die in Berlin nach der Wende weggefallenen und von Rot-Rot völlig vernachlässigten Industrie-Arbeitsplätze müssen wieder etabliert werden. Die Berliner CDU findet sich mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit nicht ab und hat sich als Ziel gesetzt, neben den bundeseinheitlichen Förderinstrumenten eigene, berlinspezifische Instrumente zu entwickeln. Dabei kann Berlin von anderen internationalen Großstädten lernen: New York oder Rotterdam mit seinem Erfolgsprojekt „Werkland“ machen etwa vor, wie man schwer vermittelbare, ungelernete oder gering qualifizierte Arbeitslose in großer Zahl wieder in Beschäftigung bringen kann.





UNSIHTBAR UND UNFÄHIG

Berlin hat zu wenig Jobs. Berlin hat kaum Ausbildungsplätze. Berlin hat die meisten Hartz-IV-Empfänger. Berlin hat zu viele Langzeitarbeitslose. Für den rot-roten Senat mit seinem unsichtbaren Wirtschaftsminister und seiner unfähigen Arbeitsministerin heißt das: Vom eigenen Versagen muss abgelenkt werden. Also wird an der Reform der Arbeitslosengeld-II-Regelsätze herumgörgelt, die einst von SPD-Ministern verfassungswidrig festgesetzt wurden. Oder gefordert, dass das Land Berlin künftig in den JobCentern das Sagen haben soll. Darauf hat eine knappe Viertelmillion arbeitsloser Berliner gerade noch gewartet. Außer dem rundum erfolglosen „Öffentlicher Beschäftigungssektor“ (ÖBS) hat Rot-Rot auf dem Arbeitsmarkt nämlich noch nichts zu Stande gebracht. Ein dreistelliger Millionenbetrag an Steuergeldern wird dafür jedes Jahr zum Fenster hinaus geblasen. Ergebnis: Gerade mal 7.600 Jobs für begrenzte Zeit. Ohne Chance, sich weiter zu qualifizieren. Ohne Chance, anschließend weiter beschäftigt zu werden. Ohne Chance, einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Der rot-rote ÖBS hilft nur 3,3 Prozent aller Arbeitslosen – teuer und ineffizient aus unser aller Steuergeldern.

Fraglich: Ausbau der A 100 Sicher: Rot-Rot hat fertig

Nach jahrelangem Vor und Zurück hat der Koalitionsausschuss der in Berlin regierenden SPD und LINKEN jetzt den Stopp des Ausbau-Projektes A 100 beschlossen. Für 1,7 Millionen Euro soll zwar noch ein bisschen geplant werden dürfen, aber alles andere soll eine zukünftige Landesregierung entscheiden. Damit hat Rot-Rot quasi selbst das Ende ihrer Koalition spätestens zum Ende der Wahlperiode festgestellt, war die A 100 doch eines ihrer im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Projekte.

„Ein Eiertanz einer tief zerstrittenen Koalition, die an einer Entwicklung der

einmütig ein Koalitionsvertrag abgesegnet wurde in dem der Satz „Der Stadtring A 100 wird verlängert bis zur AS Treptower Park“ eigentlich keinen Zweifel an diesem wichtigen Infrastrukturprojekt für den Ostteil der Stadt lässt, beschließt ein weiterer Parteitag der Linken in diesem Frühjahr das Abrücken vom Vertrag. Zuletzt hatte es sogar Drohungen innerhalb der rot-roten Zank-Koalition gegen die SPD-Stadtentwicklungssenatorin gegeben. Linke-Chef Klaus Lederer erklärte unverhohlen: „Frau Junge-Reyer geht ein hohes Risiko ein, wenn sie versuchen würde, die Sache vorher weiter zu drehen.“ Der Verkehr staut sich so lange wei-



... hinter Neukölln nach Treptow hinein müssen die Autos wieder in die Wohngebiete

Stadt nicht mehr interessiert ist“, stellt der Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU Frank Henkel fest. Kaum eine Woche verging in den letzten Monaten, ohne dass nicht wieder eine neue Interpretation der unendlichen Geschichte der Verlängerung der Stadtautobahn A100 vom Dreieck Neukölln zum Treptower Park zum Besten gegeben wurde. Während noch im Jahr 2006 von den Parteitagen von SPD und Linkspartei

ter in den Wohngebieten auf den normalen Stadtstraßen. Aber der zerstrittenen Wovoreit-Koalition ist das augenscheinlich egal. Die Berliner Union hingegen fordert den Ausbau der A 100, da sie die Anwohner entlasten und Treptow besser erschließen wird. Außerdem ist dieses mit ca. 400 Millionen Euro nahezu vollständig aus Bundesmitteln finanzierte Projekt ein kleines Konjunkturprogramm für die Wirtschaft der Region.

INFO-COUPON

| | |
|-------------------------|---|
| Name, Vorname | <input type="checkbox"/> Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu! |
| Straße, Hausnummer, PLZ | <input type="checkbox"/> Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf. |
| Telefon | |
| eMail | |

CDU Berlin • Kleiststraße 23-26 • 10787 Berlin
Tel.: 030.32 6904-0 • Fax: 030.32 6904-44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen. **CDU**